

Landtag Brandenburg

5. Wahlperiode

Mündliche Anfrage

Dr. Gerd-Rüdiger Hoffmann

fraktionslos

an die Landesregierung

zur Fragestunde der 94. Landtagssitzung am 15. Mai 2014

Arbeitsplätze in der Braunkohlenindustrie

Ein Thema, das immer wieder besonders in vom Tagebau randbetroffenen und komplett durch Abaggerung bedrohten Gemeinden zu Unfrieden und heftigen Auseinandersetzungen (selbst innerhalb von Familien) führt, ist die Frage nach den Arbeitsplätzen, die nach dem Ende des Braunkohlenbergbaus verloren gehen könnten. Weitgehend unwidersprochen ist von den Kohlelobbyisten die Zahl 22.000 in Umlauf gebracht worden. Begleitet wird das alles von einer Anzeigen- und Großplakatkampagne des dominanten Energiekonzerns. Viele Menschen im Revier haben den Eindruck, dass auch die Landesregierung sich die damit erzeugte Stimmung zunutze macht, um ihre Position pro Braunkohle begründen zu können. Der eigentliche Schwerpunkt politischen Handelns, dass nämlich im Zuge der Energiewende vor allem im Interesse der Bergleute selbst die Schaffung neuer zeitgemäßer Arbeitsplätze durch entsprechende Rahmenbedingungen zu befördern ist, bleibt weitgehend auf der Strecke.

Ich frage deshalb die Landesregierung:

Welche Vorstellungen hat die Landesregierung, um dieser komplexen Problemlage gerecht werden zu können?


Dr. Gerd-Rüdiger Hoffmann, MdL

Potsdam, den 8. Mai 2014



LAND BRANDENBURG

Ministerium für Wirtschaft
und Europaangelegenheiten
Der Minister

Ministerium für Wirtschaft und Europaangelegenheiten des Landes Brandenburg

Heinrich-Mann-Allee 107
14473 Potsdam

Herrn
Dr. Gerd-Rüdiger Hoffmann MdL
fraktionslos
Landtag Brandenburg
Am Alten Markt 1
14467 Potsdam

Telefon : (0331) 866 – 1500
(0331) 866 – 1502
Telefax: (0331) 866 - 1724
Internet: www.mwe.brandenburg.de

nachrichtlich:
Präsident des Landtages Brandenburg
Herrn Gunter Fritsch
Alter Markt 1
14467 Potsdam

Potsdam, 15. Mai 2014

94. Sitzung des Landtages Brandenburg am 15. Mai 2014
TOP 2: Fragestunde Ds. 5/8973, Mündliche Anfragen Nr. 1621

„Arbeitsplätze in der Braunkohlenindustrie“

Sehr geehrter Herr Abgeordneter,

der Landtag Brandenburg hat sich wiederholt mit dem Problem des nach 1990 erforderlichen Strukturwandels der Lausitz von einer reinen Energieregion zu einem multisektoralen Produktions- und Dienstleistungsstandort befasst.

Eckpunkte für die zukünftige Entwicklung in der Lausitz liefert sicherlich der Landtagsbeschluss vom 28. Februar 2013 „Perspektiven für die Lausitz“ – ein gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD, DIE LINKE und CDU -, der die weitere länderübergreifende Zusammenarbeit in 10 Themenfeldern wie Wirtschaft und Infrastruktur, Fachkräftesicherung und starke Sozialpartnerschaft, Stärkung der Energieregion, Finanzierung der Braunkohlesanierung, Profilierung der Wissenslandschaft etc. verankert.

Im europäischen Wettbewerb der Regionen um Ansiedlungen, Fachkräfte, Technologien und Innovationen sowie natürliche Ressourcen muss sich die Lausitz strategisch ausrichten.

Ziel der Landesregierung ist es, die künftige Entwicklungen noch enger und intensiver zwischen dem Freistaat Sachsen, dem Land Brandenburg und dem polnischen Nachbarn abzustimmen. Nur so kann es gelingen, mit Blick auf die Haushaltskonsolidierung auf Bundes- und Landesebene, die rückläufige Bereitstellung europäischer Strukturfondmittel im EFRE-, ESF- und EAGFL-Bereich und dem



absehbaren Auslaufen der Solidarpaktmittel gezielte und nachhaltige Entwicklungsanreize für die gesamte Region Lausitz zu generieren.

Schwerpunkte werden dabei sicherlich weiter die Bereiche Energie und Energieforschung, natürlich neben dem weiteren Ausbau der Erneuerbaren Energien auch im Bereich der Nutzung der heimischen Braunkohle, der Entwicklung einer Tourismusregion Lausitz und nicht zuletzt – auch als Grundlage der Sicherung der Wirtschaftsentwicklung und des Lebensraumes Lausitz – die Fragen der Verkehrlichen Vernetzung und gemeinsamen Mobilität sein.

Beispielhaft sollen hier folgende Projekte und Vorhaben benannt werden:

BASF Schwarzheide - Ein aktuelles Projekt ist die schienenseitige Anbindung des KV-Terminals. Die Anbindung wird maßgeblich dazu beitragen, Schwarzheide als chemielogistischen Knotenpunkt in Richtung Osteuropa zu entwickeln.

TIP Cottbus – Der Technologie- und Industriepark (TIP) wird auf dem ehemaligen Flugplatz Cottbus-Nord (angrenzend an die BTU Cottbus-Senftenberg) entwickelt. Das Vorhaben umfasst 200 ha GI-Fläche und 20 ha GE-Fläche und ist das zentrale Projekt für die industriell-gewerbliche Entwicklung von Cottbus.

Industriepark Schwarze Pumpe - Ein wichtiges aktuelles Projekt ist der Aufbau eines Kompetenzzentrums für Industriewasserwirtschaft. Hierzu fand im April 2014 vor Ort eine Auftaktkonferenz mit 120 Teilnehmern statt.

Profilierung der BTU Cottbus-Senftenberg, z.B. durch das neue Energiezentrum der BTU.

Touristische Entwicklung der Lausitzer Seenkette - Derzeitige Schwerpunkte sind u.a. die Herstellung touristischer Infrastruktur am Stadthafen Großräschen (Großräschener See) und die Erschließung des Gewerbegebietes am Sedlitzer See.

Nach Erkenntnissen der Landesregierung werden gegenwärtig etwa 10.000 direkte und indirekte Arbeitsplätze durch die brandenburgische Braunkohleindustrie, also die Braunkohlegewinnung und ihre energetische und stoffliche Nutzung, gesichert.

Der im Auftrag des Ministeriums für Wirtschaft und Europaangelegenheiten durch die Prognos AG im Januar 2012 erstellte Endbericht zur Untersuchung der energiestrategischen und regionalwirtschaftlichen Auswirkungen der zur Weiterentwicklung der Energiestrategie entwickelten Szenarien geht davon aus, dass die Braunkohleindustrie trotz eines perspektivischen Beschäftigungsrückganges insbesondere für die Lausitz nach wie vor einen bedeutenden Wirtschaftsfaktor darstellt, der zur Stabilisierung des dortigen Arbeitsmarktes längerfristig erforderlich bleibt.

Aus energiewirtschaftlicher Sicht ist die Bereitstellung von Braunkohlestrom aus der Lausitz solange erforderlich, bis im Rahmen der Energiewende eine sichere

und bezahlbare Energiebereitstellung aus Erneuerbaren Energien zu jeder Zeit und im ausreichenden Umfang gewährleistet werden kann. Nach Auffassung der Landesregierung bedarf es hierzu noch eines Zeithorizontes von mehreren Jahrzehnten. Die direkten Arbeitsplätze im produktiven Bereich der Braunkohlenutzung und die damit im Zusammenhang stehenden indirekten Arbeitsplätze bei den Zuliefer- und Dienstleistungsunternehmen sieht die Landesregierung daher weiterhin für die nächsten Jahrzehnte, wenn auch mit abnehmender Tendenz, für gesichert an.

Ein zusätzliches Engagement der Landesregierung speziell zur Entwicklung und schnellen Umstrukturierung der Energieregion Lausitz wird auch im Hinblick auf bekannte Defizite in den anderen Randregionen des Landes nicht für erforderlich gehalten.

Mit freundlichen Grüßen



Ralf Christoffers